



## Informationsdienst SHLV

Schweizerischer Heiligland-Verein

Solidarität mit den Brüdern und Schwestern in den Ländern christlichen Ursprungs

Jakob Hertach, Geissacherstrasse 22, 8157 Dielsdorf

Tel. +41 (0)44 854 09 38 E-Mail: redaktion@heiligland.ch

Bulletin 177 - November 2011

### Editorial

Lieber Leser, liebe Leserin

Der Informationsdienst des Heiligland-Vereins ist ein Auszug von Meldungen aus dem Agenturdienst der Katholischen Presseagentur Kipa. Dem entsprechend besteht er, der Informationsdienst, ausschliesslich aus Texten,

Im Editorial setze ich zusätzliche Schwerpunkte, damit Sie die Ereignisse in den Ursprungsländern des Christentums besser verstehen. Dabei wird klar: Unsere Betrachtung und Beurteilung erfolgt meistens nach unseren westlichen Kriterien und unserer Lebensart.

Ende Oktober feierte die Universität Luzern 40 Jahre Judaistik und das Institut für Jüdisch-Christliche Forschung das 30 Jahr-Jubiläum. Verena Lenzen, Leiterin der beiden Institute erinnert im Interview an eine Erfahrungsgeschichte Israels, über die kaum etwas zu lesen ist.

«Es gibt eine gewisse Einseitigkeit in der Wahrnehmung Israels. Man sieht nicht, wie in diesem Land vieles gelingt. In Israel haben sie beispielsweise multi-kulti pur. Kulturelles und religiöses Leben funktionieren und gelingen sehr oft in Israel. Und das ist auch für mich ein Wunder, von dem man hier jedoch nicht berichtet.»

Es gibt in Israel viele Dialogansätze zwischen Juden und Christen. Auch mit dem Islam finden kleine Schritte statt. Der Friedenspreis der Mount Zion Stiftung (in dieser Ausgabe) ist ein Zeichen dafür.

Ein anderes Stichwort heisst «Zurück zu den Fundamenten». Im Verhältnis zur Religion gebe es jüdischerseits vergleichbare Tendenzen wie im Christentum, in Israel und in der Schweiz. «Man beobachtet sowohl eine Entfremdung von den Institutionen wie eine stärkere Zuwendung zu den Fundamenten.»

Auch die folgende Überlegung gibt zu denken. Die Kirchen beklagen einen wachsenden religiösen Analphabetismus. «Wenn es einen religiösen Analphabetismus gibt, wird es bald auch einen kulturellen geben. Wie kann man christliche Kunstgeschichte verstehen, wenn man die Ikonographie des Christentums nicht kennt? Man muss sich bewusst sein, dass die Religion auch ein kultureller Wert ist. Kultur und Religion können gemeinsam neue kulturelle Brücken für die Menschen bauen.»

Jakob Hertach

### Christentum

#### Metropolit Michael Staikos gestorben

Der orthodoxe Metropolit von Österreich, Michael Staikos, ist nach schwerer Krankheit in Wien gestorben. Der höchste Repräsentant der orthodoxen Kirche in Österreich hätte in wenigen Wochen seinen 65. Geburtstag feiern können.

Michael Staikos wurde am 22. November 1946 in Athen geboren. Das Theologiestudium absolvierte er an der Universität von Thessaloniki. 1964 übersiedelte er nach Wien, 1965 trat er in den Dienst der griechisch-orthodoxen Metropolie von Austria ein. 1977 wurde er in Wien zum Priester geweiht, 1986 zum Bischof. Im November 1991 wählte ihn der Heilige Synod des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel zum Metropoliten von Austria und Exarchen für Ungarn.

Staikos war als Metropolit des Ökumenischen Patriarchats der ranghöchste Repräsentant der Orthodoxie in Österreich. Im Oktober 2010 wurde unter dem Vorsitz von Metropolit Staikos die Orthodoxe Bischofskonferenz für Österreich begründet. Unter seiner Führung wurde die orthodoxe Kirche in Österreich zu einer wichtigen gesellschaftlichen und kirchlichen Grösse im Land. Den ökumenischen und interreligiösen Dialog in Österreich betrachtete Staikos als zentralen Auftrag. Er war Konsultor der Stiftung «Pro Oriente».

Gegen 500 000 orthodoxe Christen leben in Österreich.

#### Keine nächtlichen Stundenschläge mehr von der Berner Pauluskirche

Die Glocken der reformierten Pauluskirche in Bern müssen zwischen 22 Uhr und 6 Uhr morgens schweigen. Dies hat das Polizei-Inspektorat der Stadt Bern entschieden. Mit dieser Entscheidung gibt die Behörde einer Gruppe von 68 Anwohnern nach einem rund vierjährigen Streit Recht. Ein Vertreter der reformierten Gesamtkirchengemeinde Bern meinte jedoch, es sei ja nur das «bürgerliche Läuten» - die akustische Zeitangabe - betroffen. Das «kirchliche Läuten», der Aufruf zum Gottesdienst, werde vom Beschluss des Polizei-Inspektorates nicht tangiert.

#### Fleischfreier Freitag für britische Katholiken

Britische Katholiken sollen freitags wieder verpflichtend auf Fleisch verzichten. Kürzlich trat ein jüngster Erlass der Bischofskonferenz von England und Wales in Kraft, der die alte katholische Fastenpraxis ins Gedächtnis zurückbringen will.

In dem Schreiben mit dem Titel «Katholisches Zeugnis - Freitagsbusse» heisst es: «Das Kirchenrecht fordert von Katholiken, freitags auf Fleisch oder auf eine andere Art von Nahrungsmitteln zu verzichten oder eine ande-

re Form der Busse zu beachten, die von der Bischofskonferenz festgelegt wird.» Nun hätten sich die Bischöfe entschieden, wieder zu der Praxis zurückzukehren, einfach auf Fleisch zu verzichten und dies mit dem Gebet zu verbinden.

Wer ohnehin kein Fleisch essen dürfe oder wolle, soll nach dem Willen der Bischöfe auf eine andere für seine Ernährung sonst übliche Speise verzichten. Das Schreiben enthält ferner auf mehreren Seiten Fragen und Antworten zu Busse und Fasten im Stil des Katechismus.

### **OSZE-Konferenz über religiös motivierte Gewalt gegen Christen**

Mit der Vermeidung von durch Hass auf Christen motivierte Straftaten in Europa und Nordamerika hat sich eine OSZE-Konferenz (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) in Rom befasst. Auch im Westen sei eine zunehmende Intoleranz gegenüber Christen zu beobachten, sagte der vatikanische Aussenminister Erzbischof Dominique Mamberti. Durch einen Relativismus, der es verbiete, etwas als wahr oder falsch zu bezeichnen, sei das Christentum in eine schwache Position gelangt.

Der Generalsekretär der EU-Bischofskommission CO-MECE, Piotr Mazurkiewicz, beklagte eine Verharmlosung von Straftaten und Diskriminierung gegenüber Christen von Seiten der Behörden und Medien. So übertreffe die Zahl der auf christliche Friedhöfe begangenen Angriffe in Frankreich weit die Zahl derjenigen, die sich gegen das Judentum oder den Islam wendeten. Um religiös motivierte Straftaten gegen Christen zu vermeiden, setzen die meisten der knapp 150 Teilnehmer auf Bildung von Kindern und Erwachsenen sowie auf einen wirksameren Schutz der Religionsfreiheit. Als Beispiel wurde Schweden genannt, wo die Straftaten gegen Christen seit Beginn der statistischen Erhebung 2008 von 160 auf 104 im Jahr 2010 gesunken waren.

### **Papst ruft Katholiken und Orthodoxe zur Zusammenarbeit auf**

Papst Benedikt XVI. hat Katholiken und Orthodoxe zu einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit aufgerufen. Die gegenwärtigen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen machten ein geschlossenes Auftreten aller Christen notwendig, heisst es in einem Schreiben des Papstes. Die Christen dürften deshalb kein Bild der Zerstrittenheit bieten, schreibt Benedikt XVI. Die Kenntnis der Traditionen des jeweils Anderen sowie die aufrichtige Freundschaft zwischen Katholiken und Orthodoxen sei schon für sich genommen ein Beitrag zur Einheit der Christen, schrieb Ökumene-Minister Kardinal Kurt Koch.

Unsere Zeit ist von zwei entgegen gesetzten Entwicklungen geprägt: Auf einer «verbreiteten Abgelenktheit oder auch Unaufgeschlossenheit» gegenüber dem Göttlichen. Andererseits gebe es eine «grosse Sehnsucht nach Gott». Viele Menschen befänden sich aufrichtig auf der Suche nach dem Sinn des Lebens, hob der Papst hervor.

## **Schweiz**

### **Kleiderregeln müssen für alle Angestellten gelten**

«Wenn Schulen ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen mit der religiösen Neutralität begründen, müssen sie auch religiöse Symbole wie Kettchen mit Kreuzen verbieten», erklärt Thomas Geiser, Professor für Privat- und Handelsrecht an der Universität St. Gallen. Ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen sei nur zulässig, «wenn die Kleiderregeln für alle Angestellten konsequent angewendet werden». Andernfalls sei das Argument der religiösen Neutralität nur vorgeschoben, und Schulen könnten das Verbot vor Gericht kaum verteidigen, so der Experte für Arbeitsrecht.

Kleidervorschriften im Rahmen eines Arbeitsvertrags seien zulässig, wenn die verfassungsmässigen Rechte nicht verletzt würden. «Entschieden wird von Fall zu Fall vor Gericht, wenn jemand die Kündigung anfecht.»

Kündigungen seien zulässig, wenn das Kopftuch die Arbeit «ernstlich behindert». Als zulässig müsse ein Kopftuchverbot wohl auch angesehen werden, wenn der Kontakt mit den Kunden «gravierend» beeinträchtigt würde. «Wenn der Arbeitgeber glaubhaft macht, dass er Umsatzeinbussen hat, weil sich die Kunden am Kopftuch stören, ist die Kündigung zulässig», sagt Geiser.

### *Veranstaltungshinweis*

#### **Ausstellung zu Muslimen in Bern**

Eine Wanderausstellung zu Musliminnen und Muslimen im Kanton Bern mit dem Titel «... denn die Menschen sind alle Geschwister» ist am 1. November in der Offenen Kirche der Heiliggeistkirche in Bern eröffnet worden. Die Ausstellung dauert bis 3. Dezember und wird von einem Rahmenprogramm begleitet.

In der Wanderausstellung porträtiert der Berner Fotograf Stefan Maurer zwanzig Muslime mit unterschiedlichen Hintergründen und aus verschiedenen Regionen des Kantons. In kurzen Interviews sprechen die Porträtierten über ihre Sorgen, Hoffnungen, ihren Glauben und geben Einblick in ihren Alltag. Die Porträtierten sollen sichtbar machen, wie vielfältig der Islam in der Schweiz gelebt wird. Ferner sei auch die Religion bei den Muslimen nur einer von vielen Aspekten im Leben.

Am Mittwoch, 16. November, gibt es zwischen 14 und 17 Uhr die Möglichkeit eines Ausstellungsbesuchs und den Besuch des muslimischen Grabfeldes auf dem Bremgartenfriedhof in Bern.

Zu einer Podiumsdiskussion «Zwei Jahre Minarett-Verbot» wird am 29. November von 19.30 bis 21.00 Uhr eingeladen.

Die Ausstellung wird bis 2013 in weiteren fünf Städten der Schweiz zu sehen sein.

Detaillierte Informationen zur Ausstellung und zum Rahmenprogramm unter [www.offene-kirche.ch](http://www.offene-kirche.ch) oder [www.refbejuso.ch/migration](http://www.refbejuso.ch/migration).

## Asylanträge in Industriestaaten kräftig gestiegen

Die Zahl der Asylanträge in Industriestaaten ist in der ersten Jahreshälfte um 17 Prozent gestiegen. Bis zum Jahresende rechnet das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR mit einem weiteren Anstieg auf insgesamt 420 000 Gesuche. Etwa 10 000 stammen aus dem Irak. Das wäre der höchste Stand seit acht Jahren. Unter den Zielländern belegte die Schweiz den neunten Platz hinter den USA, Frankreich, Deutschland und Italien.

## Migros will gegen «Islamischen Zentralrat» vorgehen

Dem Verein «Islamischer Zentralrat der Schweiz» (IZRS) droht Ungemach. Die Migros verlangt vom IZRS, dass er «umgehend» den orangen Schriftzug des Grossverteilers aus einem Werbe-Kurzfilm entfernt oder unkenntlich macht.

Gemäss IZRS-Sprecher Illi stehen hinter dem Film Fakten. Vergangenes Jahr habe eine Muslimin in der Migros-Filiale Volketswil die Stelle verloren, weil sie ein Kopftuch tragen wollte. Coop, Yendi und andere Läden wollten sie deswegen nicht anstellen.

Im Video mit dem Titel «Das Kopftuchmädchen» wird unter anderem dazu aufgerufen «gemeinsam gegen Islamophobie und Rassismus» aufzustehen. Zu Beginn des Films taucht das Logo der Migros als Briefkopf auf. Der Text ist nur teilweise lesbar.

## Klärungsbedarf bei Bau eines Islam-Zentrums

Einem geplanten Islam-Zentrum im waadtländischen Städtchen Payerne erwächst Widerstand. Eine Gemeinderätin will, dass die Stadtregierung prüft, wie sich die voraussichtlichen Lärmemissionen auf die Umgebung auswirken.

«Religionsfreiheit darf nicht das Recht anderer einschränken», erklärte die städtische Abgeordnete Delphine Morisset (SVP) im Generalrat. So fehlten bei dem Zentrum, das in einem Villen-Viertel entstehen soll, Parkplätze.

Stadtpräsidentin Christelle Luisier verstehe den Wunsch der Muslime nach einem Zentrum. In Payerne leben rund tausend Muslime. Luisier erklärte, sie verstehe auch die Sorgen von Anwohnern. Man sei darum daran, das Projekt auszuschreiben. Auch seien die Verantwortlichen bei den Muslimen kontaktiert worden und man stehe «in gutem Dialog» zu ihnen, betonte die Stadtpräsidentin.

## Hans Küngs «Weltethos» uraufgeführt

Das chorsymphonische Werk «Weltethos» des katholischen Schweizer Theologen Hans Küng und des britischen Komponisten Jonathan Harvey wurde kürzlich in der Berliner Philharmonie uraufgeführt. Hinter dem Projekt steht die Überzeugung, dass es keinen Frieden unter den Staaten ohne einen Frieden unter den Religionen geben kann.

Dem Libretto des 83-jährigen Theologen Küng liegt die Idee eines Weltethos, eine humanistische Leitidee vom religiös-kulturellen Dialog, zugrunde. Das «ethische Erbe der Menschheit» soll nach Wirtschaft, Sport und Politik nun auch in den Künsten heimisch werden, beschreibt Küng sein Anliegen.

Im Zentrum stehen dabei vier ethische Imperative, die sich sowohl in der Bibel, als auch in Texten des Yoga, im Buddhismus oder in den chinesischen Traditionen finden: Nicht morden, nicht stehlen, nicht lügen, nicht die Sexualität missbrauchen.

Ein sakrales Werk sei es nicht, sagt Küng, auch kein religiöses Oratorium. Eher ein «monumentales chorsymphonisches Werk, ein gewaltiges Lied». Sir Simon Rattle dirigierte die Uraufführung in Berlin.

## Verbot geistlicher Gerichtsbarkeit in der Bundesverfassung?

Die FDP will geistliche Gerichtsbarkeit verbieten. In mehreren Kantonen würden Standesinitiativen angestrebt, die die Verankerung eines Verbots in der Bundesverfassung anstreben sollen. Gemeint ist damit die islamische Scharia, betroffen wäre aber wohl auch die katholische Kirche.

In den Kantonen Zürich und St. Gallen reichten die jeweiligen Präsidenten der FDP-Sektion, Beat Walti und Marc Mächler, entsprechende Vorstösse im Kantonsparlament ein, in den Kantonen Luzern, Aargau und Basel-Landschaft werde dies geprüft.

Ein grundsätzliches Verbot der geistlichen Gerichtsbarkeit würde sämtliche Religionen im Land treffen, nicht nur den Islam. Gemäss «Sonntagszeitung» würde ein solcher Verfassungsartikel «der katholischen Kirche die Anwendungsmittel von kanonischem Recht aus der Hand nehmen». Dasselbe gelte für jüdisches Recht.

## Arbeitsgruppe Islam der Bischöfe arbeitet an neuem Dokument

Die Arbeitsgruppe «Islam» der Schweizer Bischofskonferenz arbeitet an einem neuen Dokument zum Thema «Die Konversion vom Islam zum Katholizismus».

Die Aufgabe der Arbeitsgruppe besteht auch darin, die Schweizer Bevölkerung über Aspekte des Zusammenlebens von Muslimen und Christen zu informieren. In den letzten Jahren hat die Arbeitsgruppe mehrere Handreichungen erarbeitet.

Im kommenden Jahr reist die Arbeitsgruppe «Islam» nach Bosnien-Herzegowina, um den Dialog mit den Muslimen weiterzuführen. Sie hat bereits den Iran, den Libanon und Syrien mit dieser Absicht bereist.

Die Arbeitsgruppe «Islam» der Schweizer Bischofskonferenz besteht seit 2001. Sie setzt sich für den Dialog zwischen Christen und Muslimen ein und berät die Bischöfe und andere Seelsorgende in der Schweiz zu konkreten Fragen des Zusammenlebens von Christen und Muslimen. Die derzeit achtköpfige Arbeitsgruppe wird von Pier Giacomo Grampa, Bischof von Lugano, präsidiert.

## Judentum

### 40 Jahre Institut für Jüdisch-Christliche Forschung in Luzern

Vor 40 Jahren wurde an der Theologischen Fakultät Luzern das Fach Judaistik eingerichtet und Clemens Thoma als erster Lehrstuhlinhaber berufen. Zehn Jahre später konnte dieser Lehrstuhl zum Institut für Jüdisch-Christliche Forschung (IJCF) ausgebaut werden, an dem auch jüdische Forschungs- und Lehrbeauftragte tätig waren und sind. Mit der Erweiterung der Fakultät zur Universitären Hochschule und schliesslich zur Universität konnte das IJCF seine interdisziplinäre Anlage immer mehr entfalten.

So kann heute Judaistik an der Theologischen und an der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät als Haupt- oder Nebenfach oder im Rahmen der integrierten Studiengänge studiert werden, zudem an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät als Wahlfach.

Im letzten Jahrzehnt gewannen unter der Leitung von Verena Lenzen zusätzliche kulturwissenschaftliche Themen an Bedeutung: die deutsch-jüdische Literatur, die jüdische Philosophie der Moderne und die modernhebräische Literatur.

Ergänzt wird der wissenschaftliche Austausch zwischen christlichen und jüdischen Gelehrten durch das Engagement im jüdisch-christliche Gespräch in der Schweiz: die Institutsleiterin ist zugleich Geschäftsleiterin und Co-Präsidentin der Jüdisch-Römisch-Katholischen Gesprächskommission, die dieses Jahr erstmals den «Dies Iudaicus», den «Tag des Judentums» vorbereiten konnte, der in allen Pfarreien begangen werden müsste.

### Friedenspreis der Mount Zion Stiftung

Das Institut für Jüdisch-Christliche Forschung in Luzern vergibt gemeinsam mit der Dormitio Abtei auf dem Zionsberg in Jerusalem den Friedenspreis der Mount Zion Stiftung. Der Preis geht an Personen oder Institutionen, die sich für ein friedliches Zusammenleben der Religionen in Israel einsetzen. Dieses Jahr erhält ihn ein jüdisch-israelisch-palästinensisches Umweltprojekt für die Bemühungen für den Jordan-Fluss. Mit dem Preis wird eine ganz konkrete politische Arbeit geleistet. Dieser Schweizer Beitrag zum Frieden in Nahost werde aber noch zu wenig wahrgenommen, sagt die Luzerner Judaistik-Professorin Verena Lenzen.

### Papst betont Nähe zum Judentum

Papst Benedikt XVI. hat in Deutschland das Verhältnis von katholischer Kirche und Juden gelobt und die grosse Nähe zwischen den Glaubensgemeinschaften hervorgehoben. Die Christen müssten sich «immer mehr ihrer inneren Verwandtschaft mit dem Judentum» klar werden. Die Kirche empfinde eine grosse Nähe zum jüdischen Volk. «Für Christen kann es keinen Bruch im Heilsgeschehen geben. Das Heil kommt nun einmal von den Juden», sagte der Papst bei einer Begegnung im Berliner Reichstag.

### Automatische Ampelschaltung für Londoner Juden

Orthodoxe Juden in London sollen künftig gefahrloser zum Sabbatgottesdienst gelangen können. Eine Ampel an einer von Londons meistbefahrenen Strassen hält künftig samstags automatisch alle 90 Sekunden den Verkehr an, damit Gottesdienstbesucher die Strasse queren und zur nahegelegenen Synagoge gelangen können.

Für orthodoxe Juden ist es am Sabbat verboten, die Ampelschaltung zu betätigen. Das wurde angesichts des dichten Verkehrs an der Kreuzung der Nordumfahrung Londons zu einem immer grösseren Problem für die Besucher der Finchley United Synagoge. Nach einer entsprechenden Bitte der Gemeindeverantwortlichen hatten sich die zuständigen Verkehrsbetriebe bereiterklärt, die automatische Schaltung einzurichten.

Die Neuerung soll ab Dezember eingerichtet werden und von Freitagabend bis Samstagabend funktionieren. Vorher sind allerdings erhebliche Arbeiten am Verkehrssystem der gesamten Strasse notwendig.

### Reformgruppen in Israel fordern die Einführung der Zivilehe

In Israel will ein Reformbündnis die Einführung der Zivilehe durchsetzen. Der Zusammenschluss «Forum for free choice in marriage» habe beim Obersten Gerichtshof Klage eingereicht, um die israelische Regierung zur Schaffung eines rechtlichen Rahmens zu zwingen. Zivile Eheschliessungen sind in Israel seit langem ein Streitpunkt. Betroffen sind mehr als 300 000 Bürger ohne Religionszugehörigkeit, die derzeit nicht legal im Land heiraten können.

Die fehlende Gesetzgebung durch das Parlament rechtfertige nicht eine andauernde Grundrechtsverletzung, heisst es in der Begründung des Bündnisses. Hunderttausende Menschen würden ihres Rechtes auf Eheschliessung beraubt. Diesen Zustand müsse die israelische Regierung beseitigen.

Bislang geniessen die anerkannten Religionen in Israel Autonomie in standesamtlichen Fragen. Die von den Geistlichen der verschiedenen Religionsgemeinschaften vorgenommenen Eheschliessungen erkennt der Staat an. Bürger, die keiner Religion angehören, können bislang nur im Ausland legal heiraten.

### Tausende Palmzweige geschmuggelt

Zum jüdischen Laubhüttenfest (Sukkot) sind tausende Dattelpalmzweige von Ägypten nach Israel und in die USA geschmuggelt worden. Ägypten, traditionellerweise einer der wichtigsten Palmzweigliederanten, hatte kürzlich ein Exportverbot ausgesprochen. Die «Lulav» genannten Zweige gehören zu den vier Pflanzen des Sukkot-Feststraußes. In den vergangenen 30 Jahren wurden laut dem Bericht jährlich rund 700 000 Dattelpalmzweige aus El Arisch im Nordsinai nach Israel importiert. Ein New Yorker Händler bezeichnete das Exportverbot laut «Haaretz» als antiisraelisch.

## Islam

### Frankreich: Weil die Moscheen zu klein sind

Im Streit um muslimische Freitagsgebete auf Strassen im Norden von Paris gibt es offenbar eine Einigung. Innenminister Claude Gueant sagte, man habe kürzlich eine Übereinkunft mit den muslimischen Vereinigungen getroffen. Den Gläubigen stünden jetzt nahe gelegene Gebetsräume zur Verfügung. In den vergangenen Monaten hatten Muslime ihre Freitagsgebete auf der Strasse verrichtet, weil die beiden Moscheen des Stadtteils bei weitem zu klein waren.

Die Strassengebete wurden zugleich ab sofort verboten. Gueant sagte, das Verbot solle nicht nur in Paris, sondern auch in Marseille und Nizza durchgesetzt werden, wo Muslime ebenfalls den öffentlichen Raum für ihre Gebete nutzten. In Paris wird den Muslimen für drei Jahre eine ehemalige Kaserne für jährlich 30 000 Euro (rund 36 000 Franken) überlassen. In Nizza gebe es Shuttle-Busse für die Gläubigen zu anderen Moscheen.

Mit Blick auf religiöse Veranstaltungen aller Konfessionen im öffentlichen Raum unterstrich der französische Innenminister, sie bedürften in jedem Fall einer Anmeldung. Sie könnten untersagt werden, wenn der Verdacht bestehe, dass von ihnen eine Störung der öffentlichen Ordnung ausgehe. Allerdings hätten die Verwaltungsgerichte entschieden, dass «Kundgebungen traditionellen Charakters» ein Recht darauf hätten, weiterbestehen zu dürfen.

### Niederlande: Regierung beschliesst Burka-Verbot

Nach Frankreich und Belgien hat nun die niederländische Regierung ein Burka-Verbot in der Öffentlichkeit beschlossen. Dies teilte das niederländische Innenministerium mit.

«Es wird in der Öffentlichkeit ein allgemeines Verbot des Tragens von Kleidungsstücken geben, die das Gesicht bedecken», schreibt das Innenministerium.

Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass das Tragen einer Burka im öffentlichen Raum, in Schuleinrichtungen und öffentlichen Gebäuden sowie in öffentlichen Transportmitteln verboten wird. Der Entwurf wird noch dem Staatsrat zur Prüfung vorgelegt.

### London: 12 000 britische Muslime verurteilen Terrorismus

Tausende britische Muslime haben in London den Terrorismus verurteilt und zum Frieden aufgerufen. 12 000 Muslime nahmen kürzlich an der Veranstaltung «Frieden für die Menschheit» der islamischen Gruppe Minhaj-ul-Quran's in der Wembley-Arena teil.

Die «schrecklichen 9/11-Attentate in den USA» hätten in den vergangenen zehn Jahren zu einer verzerrten Wahrnehmung des Islam geführt, betonte der Gründer der Gruppe, Tahir al-Qadri.

Allen Erklärungen und Beteuerungen zum Trotz seien die Stimmen der zu 99 Prozent friedliebenden Muslime

nicht gehört worden. «Sie sind übertönt worden vom Geschrei und vom Lärm der Extremisten», sagte al-Qadri. Grossbritanniens Premierminister David Cameron und der Primas der anglikanischen Kirche von England, Erzbischof Rowan Williams von Canterbury, sicherten den Muslimen in Erklärungen ihre Unterstützung zu.

Der Islam sei eine Religion der Gerechtigkeit, nicht des Unrechts, eine Religion der Kooperation und der Vergebung, nicht der Brutalität und Rache, hiess es. «Wir lehnen jeden Akt von Extremismus und Terrorismus bedingungslos ab», betonte al-Qadri. In der Erklärung wird zu Demokratie in muslimischen Ländern sowie zur Achtung der Menschenrechte und Verminderung der Armut in der Welt aufgerufen.

### Polygamie immer beliebter unter britischen Muslimen

Die Vielehe erfährt wachsenden Zuspruch unter jungen Muslimen in Grossbritannien. Der islamische Scharia-Rat erhielt nach eigenen Angaben mehr Anfragen nach Zweit- und Drittehen als je zuvor.

Zudem sei Polygamie erstmals einer der Hauptgründe für Scheidungen. Die Mehrehe ist in Grossbritannien verboten; muslimische Männer können aber eine zweite, dritte oder vierte Frau in einer religiösen Zeremonie heiraten. Die Ehen werden vom britischen Zivilrecht nicht anerkannt, aber von vielen islamischen Gemeinden.

Nach Auskunft von Khola Hasan, Expertin beim «Islamic Sharia Council», ist der Grund für die meisten Mehrehen, dass eine erste Beziehung scheitert, aber die Ehefrau nicht in die Scheidung einwilligt.

Demgegenüber gebe es eine wachsende Zahl junger Muslime, die eine orthodoxere und konservativere Form des Islam praktizieren wolle. Sie schlossen eine polygame Ehe in bewusstem Widerspruch zum britischen Rechtssystem. Eine dritte Gruppe muslimischer Männer heiratete zu ihrer Hauptgattin eine weitere Frau in dem Land, in dem die Eltern des Mannes lebten. Diese habe dann die Betreuung und Pflege der Eltern zu tragen, sagte die Scharia-Expertin.

### Profetengeschichten statt Märchen

In Zürich soll der erste islamische Kindergarten der Deutschschweiz eröffnet werden. Er wird «El Houda» (etwa: Der rechte Weg) heissen, falls die Bildungsdirektion des Kantons das Gesuch akzeptiert.

Das Konzept steht, die Kindergärtnerinnen sind bereit, jetzt müssen noch ein geeigneter Platz und Sponsoren gefunden werden, damit die Eltern nicht die vollen Kosten für den Kindergartenplatz übernehmen müssen.

Der erste islamische Kindergarten der Deutschschweiz soll maximal 25 Kinder aufnehmen können. Der Kindergarten wird selbstverständlich den kantonalen Lehrplan einhalten, aber zusätzlich auch den Islam lehren. Statt Märchen werden Profetengeschichten erzählt, es werden die islamischen Speiseregeln eingehalten, und die Kinder werden mit den Pflichten eines Islamgläubigen vertraut gemacht.

## Naher Osten

### Keine «Freude» über Tod Gaddafis

Der Tod eines Menschen darf nach Ansicht des vatikanischen Sozialministers Kardinal Kodwo Appiah Turkson niemals Anlass zu «Freude» sein. Selbst beim Tod eines Verbrechers sei für einen Christen frommes Mitgefühl geboten, meldete Radio Vatikan. Zudem gehe es in Libyen wie in den anderen Ländern des «arabischen Frühlings» nicht um eine «Freiheit von bestimmten Führern», sondern um «Freiheit für alle», bekräftigte der aus Ghana stammende Kurienkardinal.

Der Vatikan hofft, dass dem libyschen Volk nach dem Tod von Muammar al-Gaddafi neue Gewalt, weitere Leiden und Rache erspart bleiben. Der Heilige Stuhl äusserte die Erwartung, dass die neue Regierung möglichst bald zu einer Befriedung und zu einem Neuaufbau des Landes beitrage - auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit.

Ähnlich äusserte sich gegenüber dem Vatikansender auch der Papst-Botschafter in Libyen, Erzbischof Tommaso Caputo. Der Tod von Muammar al-Gaddafi reihe sich ein in einen langen Konflikt, der bereits viele Menschenleben gefordert habe. Jetzt sei von allen Seiten der feste Wille zu einem Neuaufbau des Landes und zum Bemühen um soziale Eintracht gefordert. Nach seiner Einschätzung bestehe in den Herzen der Libyer der Wunsch nach Frieden und Eintracht. Und das gebe Anlass zur Hoffnung für die Zukunft, so der Vatikandiplomat.

### «Manches Tabu brechen»

Der Austausch von mehr als 1000 palästinensischen Häftlingen gegen den entführten israelischen Soldaten Gilad Schalit ist nach Worten des Lateinischen Patriarchen von Jerusalem, Fouad Twal, eine «schöne Geste». Zugleich forderte er weitere konkrete Schritte im Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern. Der Dialog erfordere es auch, «manches Tabu zu brechen». Nach der Befreiung Schalits hoffe er auf weitere Massnahmen, um das Vertrauen der Menschen zu gewinnen. Andere Zeichen könnten nach Ansicht des Patriarchen etwa in einer Erleichterung der Bewegungsfreiheit für die Palästinenser und einer Freilassung von «präventiv» inhaftierten Gefangenen bestehen. Twal sprach sich zudem für die Anerkennung eines unabhängigen Palästinenserstaates durch die Uno aus. Wenn sich die Kirche für die palästinensische Sache äussere, bedeute dies nicht, dass sie gegen Israel sei, betonte der Patriarch.

Im Hinblick auf den Arabischen Frühling bedauerte Twal, dass sich fanatische Kräfte der ursprünglich positiven Bewegung für mehr Freiheit und Menschenrechte bemächtigten und deren Früchte ernten. Aus dem Arabischen Frühling werde so mit der Zeit ein «arabischer Herbst und Winter». Es sei nicht abzusehen, wohin das führe. Er hoffe, dass sich die internationale Gemeinschaft dieser Gefahr bewusst sei und sich für das Wohl aller Bürger in den betreffenden Ländern einsetze.

### Weltkirchenrat stellt sich hinter koptische Christen

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) unterstützt die ägyptischen Christen in ihrer Forderung nach Aufklärung des blutigen Militäreinsatzes bei einer Kundgebung in Kairo. «Wir als Kirchen verurteilen die Gewalt, die während der gewalttätigen Auseinandersetzungen am 9. Oktober gegen koptische Christen begangen wurden», erklärte ÖRK-Generalsekretär Olav Fykse Tveit in Genf.

Die religiösen Konflikte könnten «nur durch den beharrlichen Widerstand der Menschen in Ägypten, Christen und Muslimen gleichermaßen» beigelegt werden. «Wir stehen in diesen schwierigen Zeiten solidarisch an der Seite der ägyptischen Kirchen», sagte Tveit.

Die ägyptischen Christen seien bereits seit einiger Zeit der Bedrohung durch religiösen Extremismus schutzlos ausgesetzt gewesen, erklärte der ÖRK. Im Zuge der jüngsten Veränderungen in der politischen Landschaft Ägyptens sei «augenscheinlich geworden, wie gefährdet sie tatsächlich sind».

### «Mehr Augenmass und Gerechtigkeit»

Der Apostolische Vikar für Arabien, der Schweizer Bischof Paul Hinder, hat die Politik westlicher Länder in den arabischen Regionen als unglaublich kritisiert. Einmal träten sie entschieden für gemeinsame Prinzipien ein, wenn es hingegen «um knallharte Interessen» gehe, zeige sich der Westen flexibel und schliesse die Augen vor Menschenrechtsverletzungen, sagte Hinder.

Hinder fordert grösseres Augenmass und mehr Gerechtigkeit von westlichen Politikern. Er wies zugleich darauf hin, dass es in den Ländern des «arabischen Frühlings» nicht nur um die Zukunft der christlichen Minderheit, sondern um die aller Minderheiten gehe. Er hob hervor, dass auch Papst Benedikt XVI. in seinem Appell an Ägypten nach den blutigen Ausschreitungen in Kairo die Rechte aller Minderheiten angemahnt habe.

### Christen im Nahen Osten stützen keine Diktatoren

Der katholische Erzbischof von Bagdad, Jean Benjamin Sleiman, hat den Vorwurf zurückgewiesen, die Christen im Nahen Osten stünden den alten Regimen nahe. Die christliche Minderheit in der Region unterstütze keine diktatorischen Machthaber, sagte Sleiman. Er verwies auf die Christen in Syrien, die eine der «massgeblichen oppositionellen Kräfte» gegen das Regime von Präsident Baschar al-Assad seien.

Zugleich äusserte Sleiman die Befürchtung, dass an die Stelle der alten Regime religiöse und fundamentalistische Diktaturen treten könnten. Gegenwärtig stehe noch nicht fest, ob der sogenannte «arabische Frühling» tatsächlich auch ein «Frühling» sei.

*Der Infobrief SHLV wird mit Hilfe des Tagesdienstes der Presseagentur Kipa erstellt und mit Informationen aus anderen Quellen ergänzt.*